



Religionsfreiheit gewähren – Christen schützen

Das „C“ ist für uns Programm



Warum setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion besonders für die Religionsfreiheit ein?

Die Religionsfreiheit ist eines der wichtigsten Menschenrechte. Sie wird durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und das Grundgesetz geschützt. Das Recht ist deshalb so bedeutsam, weil für viele Menschen der Glaube Basis ihres Lebens ist. Sie müssen ihn frei leben können.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das christliche Menschenbild Grundlage ihrer Politik. Davon leitet sich der Auftrag ab, sich für die Zukunft der Christen, aber auch anderer Religionen einzusetzen.

Lange war die Religionsfreiheit kein Thema in der deutschen Politik. Doch Verfolgungen und Gewalt aus religiösen Gründen nehmen leider immer mehr zu. „Der Einsatz für die Religionsfreiheit ist heute mehr denn je auch ein Einsatz für den Frieden“, sagt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder.

Was tut die Unionsfraktion für die Religionsfreiheit?

Der Unionsfraktion ist das Thema seit langem wichtig. 2010 setzte sie sich dafür ein, dass der Bundestag den Antrag „Religionsfreiheit weltweit schützen“ verabschiedete (Bundestagsdrucksache 17/2334).

Das besondere Engagement der Fraktion zeigt sich auch darin, dass sich im April 2010 einige Abgeordnete zu einem Arbeitskreis zusammenschlossen – dem Stephanuskreis. Die nach dem ersten christlichen Märtyrer benannte Gruppe stellt die Religionsfreiheit ins Zentrum ihrer Arbeit. Sie widmet sich insbesondere der Lage der verfolgten Christen in aller Welt.

Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit rief die CDU/CSU-Fraktion 2012 die Veranstaltungsreihe „Das ‚C‘ ist für uns Programm“ ins Leben. Dort diskutiert sie mit Vertretern von Kirche und Gesellschaft, wie man das Menschenrecht auf Religionsfreiheit verteidigen kann.

Im Koalitionsvertrag mit der SPD von 2013 wurde auf Initiative von CDU und CSU der Einsatz für die Religionsfreiheit besonders hervorgehoben. 2016 hat die Bundesregierung auf Antrag der Unionsfraktion den ersten eigenen Bericht zur Religionsfreiheit weltweit vorgelegt. Die Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung von nun an regelmäßig zu dem Thema Stellung nimmt. Denn die Beschreibung der Probleme ist der erste Schritt zur Lösung.

Wie stark werden Christen bedrängt oder verfolgt?

Von allen Religionsgruppen leiden Christen vermutlich weltweit immer noch am stärksten unter Bedrängnis und Verfolgung. Schätzungen zufolge sind etwa 100 Millionen Gläubige betroffen. In den vergangenen Jahren hat das Ausmaß der Verfolgung sogar zugenommen – allerdings sind auch unzählige Muslime Opfer von Islamisten geworden.

Die Art der Bedrängnis ist vielfältig: Sie reicht von mangelndem Schutz über staatliche Diskriminierung und öffentliche Herabwürdigung bis zu offener Gewaltanwendung. Oft werden Christen gezwungen, ihre Religion aufzugeben. Der Übertritt zum Christentum wird mancherorts sogar als todeswürdiges Verbrechen angesehen.

Warum werden Christen benachteiligt?

Christen berufen sich oft auf Botschaften der Heiligen Schrift wie Gerechtigkeit und Solidarität. Dies empfinden andere Bevölkerungsteile mitunter als Bedrohung überkommener gesellschaftlicher Werte und Strukturen. So sind etwa Übergriffe in Indien zu erklären. Diktaturen wie die in Nordkorea wiederum bekämpfen den Freiheitsgedanken, der vom Christentum ausgeht. In Nordkorea wird schon der Besitz einer Bibel mit dem Tod bestraft.

In islamischen Staaten dient die Staatsreligion als Klammer für die nationale Einheit. Andersgläubige werden daher aus politischen Gründen benachteiligt. In Ländern wie Nigeria versuchen Angehörige anderer Religionen, Christen aus ihren angestammten Gebieten zu verdrängen, um diese selbst zu beherrschen. Besonders in den nördlichen Provinzen Nigerias, in denen die Islamistengruppe Boko Haram wütet, hat sich die Situation der Christen verschlechtert.

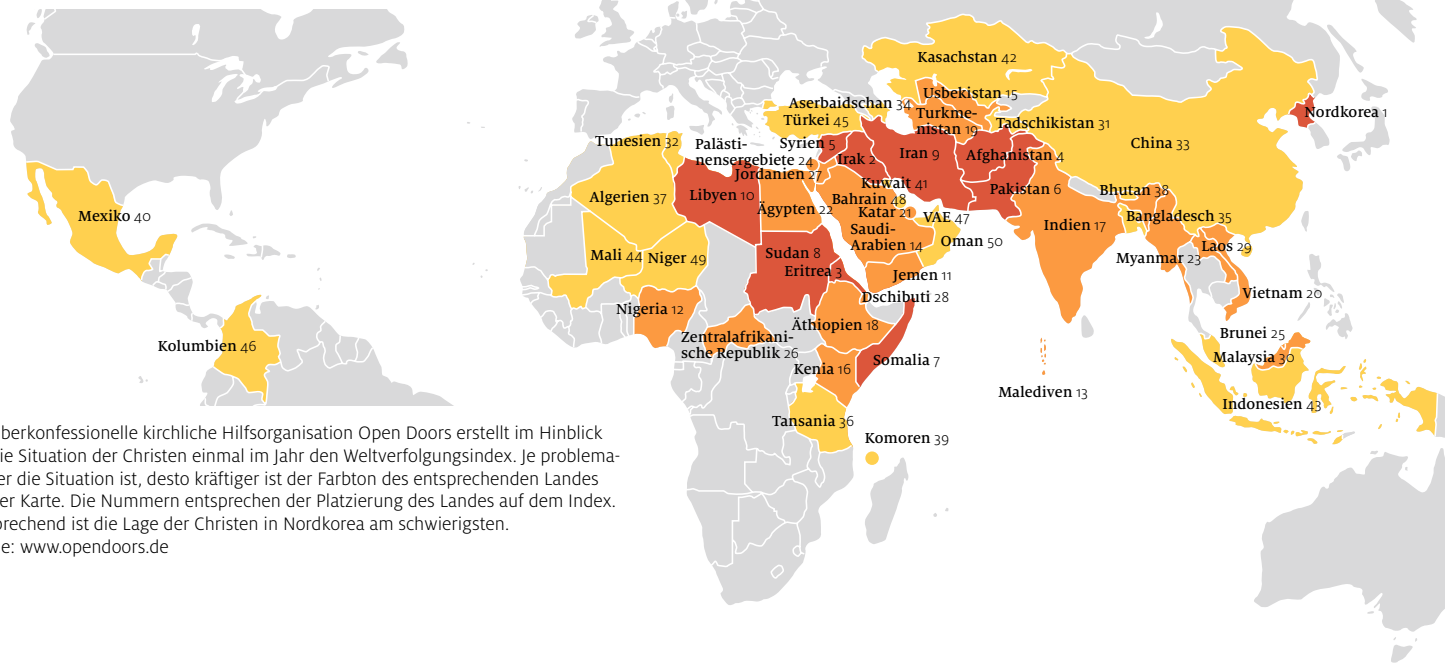
Wo sind Christen besonders gefährdet?

Es gibt viele Brandherde. Von Irak bis Nigeria, von Nordkorea bis Somalia – Christen werden in zahlreichen Ländern der Welt verfolgt, bedroht, ausgegrenzt. Vor allem in Staaten, in denen sich das wachsende Selbstbewusstsein der Bevölkerungsmehrheit in einer Hinwendung zu ihrer Religion ausdrückt, sind christliche Minderheiten bedroht. Oft schlägt diese übertriebene Religiosität der Bevölkerungsmehrheit in Extremismus um, der sich gezielt gegen die Christen richtet.

Aber auch dort, wo die staatliche Gewalt zusammengebrochen ist, droht Christen Gefahr. Beispielsweise in Nordnigeria oder in Teilen des Irak, in denen die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ ihr blutiges Unwesen treibt, sind alle, die sich nicht den Radikalen unterwerfen, existenziell bedroht. Auch in Bürgerkriegsgebieten geraten Christen immer öfter zwischen die Fronten – wie das Beispiel Syrien zeigt.

Weltverfolgungsindex 2016

Wo Christen am stärksten verfolgt werden



Die überkonfessionelle kirchliche Hilfsorganisation Open Doors erstellt im Hinblick auf die Situation der Christen einmal im Jahr den Weltverfolgungsindex. Je problematischer die Situation ist, desto kräftiger ist der Farbton des entsprechenden Landes auf der Karte. Die Nummern entsprechen der Platzierung des Landes auf dem Index. Entsprechend ist die Lage der Christen in Nordkorea am schwierigsten.

Quelle: www.opendoors.de

Wie hat sich die Situation in Ägypten entwickelt?

Die Lage der koptischen Christen in Ägypten, die seit langem im Blickpunkt der Fraktion steht, ist weiterhin fragil. Nach dem arabischen Frühling 2012 kamen die Muslimbrüder mit Mohammed Mursi an die

Regierung, die Ägypten in einen islamischen Gottesstaat verwandeln wollten. Die Rechte der Kopten standen zunehmend in Frage. Unter dem neuen weltlichen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi, der seit 2014 regiert, scheint diese Gefahr gebannt zu sein. Doch innerer Frieden ist noch nicht eingekehrt.



Wie ist die Lage der Christen im Nordirak?

Von der dramatischen Lage der Flüchtlinge im Nordirak machte sich Volker Kauder bei einem Besuch in der kurdischen Regionalhauptstadt Erbil im Sommer 2014 selbst ein Bild. Deutschland leistet humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge und liefert Defensivwaffen an die kurdischen Kämpfer, um sie in ihrem Kampf gegen den „Islamischen Staat“ zu unterstützen.

Wie geht es geflüchteten Christen in Deutschland?

Viele Christen aus Syrien, dem Irak oder dem Iran wurden zur Flucht gezwungen und haben hier Schutz gefunden. Doch einige von ihnen sehen sich in den Flüchtlingsheimen den gleichen Anfeindungen ausgesetzt wie in ihrer Heimat. Für die Unionsfraktion steht außer Frage, dass Diskriminierung oder Gewalt gegen Christen keinesfalls hinnehmbar sind.

Die Fraktion hat Behörden, Länderparlamente und Träger sensibilisiert und dafür gesorgt, dass es neue

Anforderungen an die Sicherheitsdienste hinsichtlich der Qualität des Wachpersonals gibt. Zudem wird religiös motivierte Gewalt in der Kriminalstatistik erstmals gesondert erfasst. Die Einrichtung einer Notfallnummer, an die sich unmittelbar bedrängte Christen wenden können, wird derzeit geprüft.

Wie steht es um Angehörige anderer Religionen?

Weltweit leiden neben den Christen auch Angehörige anderer Religionen unter Benachteiligung und Verfolgung, etwa die Baha' i im Iran oder Menschen jüdischen Glaubens. Betroffen sind auch Hunderttausende von Muslimen, die sich dem IS-Terror widersetzen. Darüber hinaus wurden Tausende von Jesiden im Nordirak vom IS vertrieben, versklavt und getötet.

Der Terror im Namen der Religion hat mittlerweile Europa erreicht. Die verheerenden Anschläge von Paris, Brüssel oder Nizza waren ein Angriff auf die gesamte freie Welt, auf das Werteverständnis der westlichen Demokratien. Auch Deutschland ist mit den Attentaten in Würzburg und Ansbach ins Fadenkreuz des islamistischen Terrors gerückt. Diese schreckliche Inhumanität muss zurückgedrängt und besiegt werden.

Wie ist die Rolle der Vereinten Nationen?

Der UN-Sicherheitsrat befasste sich Ende März 2015 erstmals mit der Verfolgung von Christen und anderen Minderheiten durch den „Islamischen Staat“.

Auf Initiative der Unionsfraktion fand im September 2015 in New York erstmals eine internationale Konferenz statt, auf der mehr als 100 Parlamentarier aus 45 Staaten und allen Weltreligionen für einen besseren Schutz der Glaubensfreiheit eintraten. Ein Jahr später traf man sich in Berlin, um die Anstrengungen für eine interparlamentarische Außenpolitik zu verstärken. Das Netzwerk soll weiter ausgebaut werden.

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Presse und Information
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030. 2 27-5 53 74 · F -5 01 46
fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bürgerinformation

T 030. 2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de

Satz/Layout

Heimrich & Hannot GmbH

Druck

Produktur GmbH
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und
sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Bildnachweis

Titel: Pakistanische Christen gedenken der Opfer des Selbstmordanschlags in Lahore. In dem Park, in dem der Attentäter 75 Menschen mit in den Tod riss, hatten viele Christen Ostern gefeiert. März 2016 (picture alliance/Pacific Press);
Innenseite: Ein Mann aus der Provinz Al-Hasaka im Nordosten Syriens betet in der Kirche St. Georg, die von den Terroristen des „Islamischen Staates“ zerstört wurde. August 2015 (picture alliance/dpa);
Außenseite: Kauder im Gespräch mit Priestern im koptisch-orthodoxen Kloster Bachomeus/Ägypten, März 2015 (Ulrich Scharlack)

Bundestagsdrucksachen

18/8740 Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit, 9.6.2016;
18/8558 Änderung bewachungsrechtlicher Vorschriften, 25.5.2016

Stand

September 2016

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Weitere Publikationen kostenlos zu bestellen unter www.cducsu.de/publikationen.de